

plötzlich zugestanden, ohne je offiziell verfolgt, geschweige denn abgeschlossen zu sein. Das heißt, selbst der bestialischste Mord an Demokraten durch Schergen des verhassten Systems wird nicht verfolgt.

Ein weiteres Beispiel: Mit ihrem Machtantritt nahm die Junta unseren Gewerkschaften im Lande alle Rechte. Sie verbot Gewerkschaftsversammlungen, untersagte Gewerkschaftswahlen und alle denkbaren gewerkschaftlichen Aktivitäten. Als kürzlich die internationalen Proteste gegen diese völlige Entrechtung der Gewerkschaften zunahm, ließ die Junta Neuwahlen zu, bestimmte aber, daß nur derjenige Funktionen in der Gewerkschaft haben dürfe, der noch nie zuvor gewählt war und der zu keiner Partei in Beziehung steht. Sie sehen also, wie es auch hier um die Rechte der Werktätigen heute in Chile bestellt ist.

Aber es ist nötig, zu Ihrer Frage auch noch etwas zur Absicht Pinochets zu sagen, Chile eine neue Verfassung zu geben. Damit will er den Anschein erwecken, als verlaufe alles recht geordnet und demokratisch. Der Junta-Chef hatte eine Kommission benannt, die nach seinen Direktiven den Entwurf einer neuen Verfassung ausarbeitete. Dieser wurde Mitte 1978 vorgelegt. Aber dieses Machwerk zeigt die Absicht unverhüllt: Der Faschismus in Chile soll institutionalisiert werden. Zwei Merkmale sind kennzeichnend:

1. Es handelt sich um eine repressive Verfassung.

2. Mit der neuen Verfassung sollen der nationalen Großbourgeoisie und den ausländischen imperialistischen Monopolen weitere Möglichkeiten eröffnet werden, sich im Land breit zu etablieren.

Diese neue Verfassung zielt insgesamt darauf ab, die demokratischen Grundrechte der Bürger weiter einzuschränken; sie verleugnet die Volkssouveränität, sieht die Einrichtung eines Gerichtshofs vor mit Möglichkeiten, den demokratischen Kräften grundlegende politische Rechte abzuerkennen und sie zu deklassieren. Das soll geschehen durch Entzug des aktiven und passiven Wahlrechts und sonstiger Persönlichkeitsrechte.

Hier wird also eine Verfassung der faschistischen Militärmacht vorbereitet, deren höchste Repräsentanz jederzeit durch Vetorecht alle Gesetzesentwürfe zu Fall bringen könnte, die dem faschistischen Militärklüngel und der Großbourgeoisie zu demokratisch erscheinen. Eine Verfassung, die dem Herrschenden erschreckende repressive Machtbefugnis zuspricht und ihn berechtigt, jederzeit den Ausnahmezustand zu verhängen, verbliebene Freiheitsrechte — und dazu zählt beispielsweise auch die Informations- und Versammlungsfreiheit — abzuschaffen usw. Es besteht also eine ernste Gefahr für die Reste der Demokratie, wie sie gegenwärtig, zumindest vom Standpunkt der alten Verfassungsgrundsätze, auf dem Papier noch zugestanden werden. In Chile wächst deshalb die Kampfposition gegen dieses Verfassungsvorhaben. Es geht um die Verhinderung eines weiteren „Volksentscheids“ nach dem vorangegangenen Muster, weil er Pinochet die antidemokratische Verfassungsrealität bringen würde.

---

*Genosse Insunza, das Jahr 1979 wurde von der UNO zum Internationalen Jahr des Kindes erklärt. Was bewegt Sie in diesem Zusammenhang, wenn Sie an die Situation in Chile denken?*

---

Ein wesentlicher Punkt im Programm der Regierung Allende galt den Rechten der Kinder und Jugendlichen. Das bezog sich auf viele Aspekte, so z. B. auf den Schutz der Schwangerschaft und auf eine gezielte soziale und medizinische Betreuung von Mutter und Kind. Es war eine große Errungenschaft, als jedem Kind pro Tag ein halber Liter Milch zugesichert und verabreicht wurde. Ich denke auch an die kostenlose Schulbildung auf allen Ebenen bis zum Besuch der Universität. Das war ein wahrhaft revolutionäres und im Volke populäres Programm.

Pinochet kennt keine Rechte des Kindes. Die Konterrevolution fegte auch auf diesem Gebiet brutal und gewissenlos alle Errungenschaften hinweg. Die Auswirkungen sind heute schon katastrophal. Sie werden noch verheerender in der Folgezeit sein. Heute hungern die Kinder in Chile. Sie bleiben der Schule fern, weil sie keine ausreichende Ernährung haben. Charakteristisch ist die erneut eingeführte Klassentrennung im Bildungswesen. Pri-

vate Schulen für die Kinder der „Wohlhabenden“ etablieren sich neben staatlichen Schulen für die Kinder der Werktätigen. Die Universitäten haben die Immatrikulationszahl gesenkt. Das gesamte Bildungswesen ist faschistisch ausgerichtet. Diese verhängnisvollen Zustände und die erniedrigende Politik der Kindesmißachtung veranlassen uns, im Internationalen Jahr des Kindes die Junta auch insoweit der Verletzung der Menschenrechte anzuklagen.

---

*Wie verträgt sich diese massenhafte Verletzung der Menschenrechte mit der Tatsache, daß Chile doch schon 1966 den beiden UN-Konventionen über zivile und politische Rechte sowie über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte beitrug?*

---

Chile trat diesen Konventionen bei, das stimmt schon. Pinochet aber fühlt sich an keine dieser Konventionen gebunden. Und er findet sogar — der Hohn kann nicht größer sein — eine juristische Begründung dafür. Tatsächlich wurde der damalige Beitritt Chiles zu diesen Konventionen nicht im Gesetzblatt veröffentlicht. Pinochets These lautet: Damit sind diese Konventionen für Chile nicht rechtsverbindlich. Leider hat inzwischen sogar der Oberste Gerichtshof dem faschistischen Diktator mit einer analogen lächerlichen Begründung „juristischen Beistand“ geleistet.

Und so verläuft es dann auch geradezu entgegengesetzt. Was die Konventionen als elementare Grund- bzw. Menschenrechte fordern, das findet man im Chile Pinochets massenhaft verletzt. Es gibt keinen Schutz des Lebens, wie ihn Art. 6 der Konvention über zivile und politische Rechte fordert, keinen Schutz der Persönlichkeit, wie er sich aus den Art. 8, 9 und 10 ergibt, keine Garantie von Gerichtsverfahren auf verfassungsmäßiger Grundlage, wie sie insbesondere die Art. 14 und 15 dieser Konvention verlangen, usw. Und jeder weiß, daß man eben überhaupt nur dort von Demokratie reden kann, wo solche Rechte gewährt und garantiert werden.

---

*Genosse Präsident, wie sollte sich nach Ihrer Ansicht in der gegenwärtigen Situation der weitere Kampf gegen das faschistische Pinochet-Regime gestalten?*

---

Der Kampf in Chile muß von den Chilenen selbst geführt werden, das ist eindeutig. Aber ebenso bedeutsam ist die Kraft der internationalen Solidarität von außen; sie ist eine notwendige Ergänzung. Nur so wird es auch künftig gelingen, umfassend zu entlarven, was in Chile heute tatsächlich vor sich geht, worauf sich der Kampf konzentrieren muß. Tis gilt, sehr wachsam jede innere Veränderung zu erkennen, um daraus die Aufgaben und realen Möglichkeiten abzuleiten. Wir befinden uns in einer Schlacht, in der wir dem Feind Vorteile abringen müssen. Das bedingt, härter zu sein in der Anklage gegen das verhasste Regime und klarer in der Darlegung aller Realitäten. Solche Fakten, wie sie jetzt in Genf die UN-Menschenrechtskommission auf ihrer 35. Sitzung erneut vor der Weltöffentlichkeit darlegte, sind natürlich geeignet, auch einen Druck auf das faschistische Regime auszuüben.

Wenn in diesem Sinne der internationale Protest verstärkt wird — durch Regierungen und durch gesellschaftliche Organisationen —, dann werden Erfolge nicht ausbleiben.

Wir schätzen z. B. sehr hoch die Aktivitäten der internationalen Berufsorganisation der demokratischen Juristen der Welt (IVDJ) und speziell der nationalen Vereinigungen der sozialistischen Länder. Sie haben durch ihre Solidarität und durch juristische Aktivitäten wiederholt das Leben von Patrioten Chiles gerettet.

Diese Aufgabe bleibt, die Juristen müssen anklagen. Es muß gelingen, auch die Gerichte und die Juristen der Junta mit der Kraft der Argumente des Rechts und der Menschlichkeit zu erschüttern und schwankend zu machen.

Eine aktuelle Aufgabe der internationalen Solidarität ist und bleibt also auch der Kampf um die Achtung vor dem Recht in Chile.